

Bürgerinitiative „Kleine Höhe“ und Elterninitiative „Keine Forensik in Wuppertal“

Wenn laut Resolutionsentwurf der CDU, SPD und FDP Ratsfraktionen der Standort auf Lichtscheid als völlig ungeeignet gilt, weil dichte Besiedelung und junge Familien dort vorzufinden sind, muss die „Kleine Höhe“ ebenfalls als völlig ungeeignet eingestuft werden:

- 1.) Die „Kleine Höhe“ ist ebenfalls ein rundum dicht besiedeltes Gebiet. In unmittelbarer Umgebung (ab 200m, 850m, 1000m) befinden sich reine Wohngebiete mit Neuansiedlern und einer Vielzahl junger Familien. Die Neubaugebiete „Eigenbach“ und „Im Siepen“ wurden in den letzten Jahren erschlossen. In den älteren Ansiedlungen ist der Generationenwechsel vollzogen. Die Menschen haben sich für einen sicheren Standort Wuppertal mit hohen finanziellen Belastungen entschieden.
- 2.) Ein erhöhtes Gefährdungspotenzial auf den Schulwegen ist auch in den Siedlungen rund um die „Kleine Höhe“ gegeben. Die Siedlungen sind über die gleichen Wege und dem gleichen öffentlichen Nahverkehr wie die Freigänger der Forensik mit den Schulen und Städten verbunden (siehe Anlage). Zudem würden eine Vielzahl von Schulpfendlerkindern den Weg an der Klinik vorbei nutzen müssen. Das hieraus resultierende Gefährdungspotenzial ist ebenfalls immens.

Darüber hinaus existieren folgende besondere Gegebenheiten, welche den Standort „Kleine Höhe“ mehr als ungeeignet machen:

- 1.) Die Diakonie „Aprath“ ist eine besondere Einrichtung der Jugendhilfe in unmittelbarer Nähe (direkt gegenüber) für u.a. sexuell missbrauchte, traumatisierte oder psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche, deren Patienten und Angehörige besonderer Schutz gebührt. Zur Diakonie gehören unter anderem:
 - die Schutz Einrichtung vor Kindeswohlgefährdung,
 - die Tagesklinik für Kinder und Jugendliche (Modellprojekt),
 - die kinder- u. jugendpsychiatrische Ambulanz,
 - stationäre Wohngruppen für Kinder und Jugendliche,
 - das heilpädagogische und psychotherapeutische Zentrum,
 - die Förderschule in ca. 400m Entfernung untergebracht,
 - Außenwohngruppen.
- 2.) Zudem befindet sich in unmittelbarer Nähe (ca. 1.000 m) die besonders schutzbedürftige Kinder-Notaufnahme für Jungen und Mädchen im Alter von 0 bis 13 Jahren, daran angeschlossen ein Kinderheim sowie eine Einrichtung für Jugendliche und junge Mütter mit ihren Kindern.
- 3.) Anders als in sämtlichen, übrigen Standorten in NRW wird bei der „Kleinen Höhe“ erstmalig nicht auf erschlossenes Brachland oder einer Recyclingflächen zurückgegriffen, sondern eine unerschlossene, landwirtschaftlich genutzte Freifläche in Betracht gezogen.

Bürgerinitiative „Kleine Höhe“ und Elterninitiative „Keine Forensik in Wuppertal“

4.) Die „Kleine Höhe“ stellt den letzten Freiflächenverbund in der Region dar. Die „Allianz für die Fläche“ in NRW beschreibt in der aktuellen Koalitionsvereinbarung „NRW SPD/Bündnis 90/Die Grünen“ unter anderem folgende Ziele, welche erst 2011 verifiziert wurden:

- Reduzierung des Flächenverbrauches auf mind. 5ha/Tag bis 2020,
- Erhöhung des Freiraum- und Flächenschutzes,
- Vorrang des Flächenrecyclings,
- Fortführung der „Allianz der Fläche“ (www.allianz-fuer-die-flaeche.nrw.de).

Zudem stellen sowohl das Bodenschutzgesetz als auch das Baugesetzbuch den Vorrang des Freiflächenerhaltes in den Vordergrund.

5.) Der in diesem Zusammenhang als Kompromiss geplante Windpark „Kleine Höhe“ und eine Forensik dieser Größenordnung sind baurechtlich nicht kompatibel. Wuppertal exponiert sich momentan als ökologische Stadt durch die Initiative E-Mobilität und Nutzung lokaler, regenerativer Energien.

Der Landesgerichtsbezirk Wuppertal umfasst auch die Städte Remscheid, Solingen, Mettmann, Velbert, Haan und Wülfrath. Wuppertal verfügt über zwei Justizvollzugsanstalten mit über 1.000 Haftplätzen. Remscheid verfügt über eine allgemeine Psychiatrie, die anderen Städte verfügen über ein hohes Potenzial an Brachflächen und/oder Einbindung in bereits erschlossene Gewerbegebiete mit deutlich geringerem Gefährdungspotenzial.

Solange kein transparenter Kriterienkatalog zur Auswahl eines bestmöglichen Standortes existiert, kann keine Empfehlung erfolgen.

Der Kriterienkatalog liegt nach Aussage der Parteien (CDU/SPD/Bündnis90/Grüne) der Stadt Wuppertal nicht vor.